



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die österreichische Balkanpolitik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die österreichische Balkanpolitik



ie Balkankrisis der beiden letzten Jahre hat in so manchen Kreisen in Österreich-Ungarn ein Gefühl der Enttäuschung und der Verstimmung zurückgelassen. Die Monarchie hatte eine Politik verfolgt, die nicht geringe Anforderungen an das Land stellte und keinen Gewinn brachte. Vielmehr erschien es als deutliches Ergebnis der jüngsten Balkangeschichte, daß für Österreich-Ungarn die Möglichkeit weiterer Gebietserwerbungen nun endgültig ausgeschlossen war. In militärischen und politischen Kreisen der Monarchie hatte man aber auf den Gedanken einer künftigen Expansion bis nach Saloniki nie ganz verzichtet, und die Politik Aehrenthals hatte halb erloschene Hoffnungen und Wünsche wieder belebt. Nun sollten diese Aussichten ein für allemal zu Ende sein. Man gab sich Selbstanklagen hin, daß man in der Vergangenheit günstige Gelegenheiten versäumt hätte; und ein gewisser Teil der Verstimmung fiel wohl auch auf den deutschen Bundesgenossen, dem man Schuld gab, die österreichische Expansionspolitik nicht unterstützt oder sie zurückgehalten zu haben, als es noch Zeit gewesen wäre, zu handeln.

Solche Stimmungen in dem befreundeten und verbündeten Nachbarlande können uns nicht gleichgültig lassen, und die Frage der österreichischen Balkanpolitik hat daher für uns im Deutschen Reich mehr als ein bloß geschichtliches oder akademisches Interesse. Es ist der Mühe wert, zu untersuchen, wieweit jene Verstimmung in Österreich-Ungarn sachlich berechtigt ist, wieweit überhaupt die Möglichkeit einer erfolgreichen Expansionspolitik bestanden, und aus welchen Gründen eine Regierung nach der anderen sich gegen eine solche Politik entschieden hat. Denn Graf Berchtold hat im letzten November in den Delegationen nachdrücklich betont, die Monarchie habe mit der Erwerbung Bosniens und der Herzegowina die österreichische Expansion am Balkan als abgeschlossen betrachtet. Ein Abgehen von diesem Standpunkt, den schon Graf Aehrenthal klar herausstellte, hätte weder den wohlwollenden Interessen der Monarchie, noch dem vom Grafen Berchtold stets betonten Grundsatz der Kontinuität entsprochen. Weiter erwiderte Graf Berchtold den Kritikern der Regierungspolitik, die das Aufgeben

Salonikis bemängelt hatten: es habe sich um kein Aufgeben gehandelt, da keiner seiner Vorgänger, auch Andrássy nicht, an die Erwerbung jenes Hafenplatzes gedacht hätte, denn eine Expansion zum Ägäischen Meere hin würde die größten „Inkonvenienzen“ nach sich gezogen haben.

Der Hinweis, daß auch Andrássy nach der Erwerbung von Bosnien und der Herzegowina keine weiteren Expansionspläne vertreten habe, ist deshalb interessant, weil die jüngst erschienene Biographie Andrássys von Ed. Wertheimer den freilich nicht ganz bestimmten Eindruck hinterlassen hat, daß Andrássy in seinen letzten Jahren einem Vordringen am Balkan geneigter geworden wäre, und zwar um die Zeit, da er nicht mehr auswärtiger Minister war. Die Politik, die Andrássy als Minister während der Krisis von 1875 bis 1878 verfolgt hat, kennen wir in ihren Einzelheiten. Der ungarische Staatsmann wünschte in erster Linie die Erhaltung der Türkei in ihrem damaligen Gebietsbestande; war dieses Programm nicht durchführbar, so wollte er die Bildung eines großen südslawischen Reiches vor den Toren Ungarns verhindern und ferner Rußland die Erwerbung türkischen Gebietes verwehren. Rußland mochte Bessarabien zurückerhalten, das es im Krimkriege verloren hatte, und sich im übrigen in der asiatischen Türkei schadlos halten. Serbien und Montenegro sollten weder Bosnien und die Herzegowina, noch Albanien erhalten; die beiden erstgenannten Provinzen sollte Österreich-Ungarn für sich nehmen, und für Albanien faßte Andrássy schon damals eine Autonomie ins Auge. Das war das Ergebnis der Abmachungen, die Andrássy 1876 mit Gorakow auf der Entrevue von Reichstadt traf. Im Gegensatz zum österreichischen Militär war Andrássy gegen eine „absolut annexionistische Politik“; das Ziel seiner Politik war ein mehr negatives: nur wenn die Türkei sich außerstande zeigte, die beiden Provinzen festzuhalten, wollte Andrássy sie besetzen.

Andrássys Nachfolger, Haymerle und Kalnoky, setzten diese Politik fort. Während Kalnoky noch Botschafter in Petersburg war, schloß er mit der russischen Regierung einen Vertrag, in dem Österreich den russischen Wünschen nach einer eventuellen Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien und auch in der Dardanellenfrage zustimmte, während Österreich dafür die förmliche Einverleibung der 1878 okkupierten Provinzen freistehen sollte\*). Dieser Vertrag ist deshalb interessant, weil er zu dem Dreikaiserbündnis von 1884 und dem deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag von 1887 hinüberführt. Der sonstige Inhalt des Vertrages ist nicht bekannt; aber aus Friedjung's Mitteilung, daß er auf drei Jahre verpflichtete, und 1884 wiederum auf drei Jahre verlängert wurde, lassen sich einige Schlüsse ziehen. Von 1884 bis 1887 bestand das Dreikaiserbündnis. Wenn nun der österreichisch-russische Vertrag nur verlängert zu werden brauchte, so hatte dasselbe Verhältnis, das zwischen beiden Mächten während des Dreikaiserbündnisses bestanden hatte, schon 1881 be-

\*) Vgl. Friedjung über Kalnoky im Deutschen Nekrolog Bd. III.

gonnen, und Deutschland trat 1884 als dritte Macht hinzu. Danach hätte also Deutschland, das ja bereits mit Österreich-Ungarn seit 1879 in einem Bundesverhältnis stand, 1884 nur ein Separatabkommen mit Rußland geschlossen. Das Dreikaiserbündnis hätte also aus zwei Verträgen, einem österreichisch-russischen und einem deutsch-russischen, bestanden. Diese Mutmaßung wird um so wahrscheinlicher, als auch das Dreikaiserbündnis von 1871 aus einem deutsch-russischen und einem russisch-österreichischen Sonderabkommen bestanden hat. Bei der Entrevue der drei Kaiser in Berlin, im Sommer 1871, berieten ihre Minister stets nur zu zweien, nie zu dritt; und im folgenden Jahre wurde im April in Petersburg das deutsch-russische Abkommen, im Mai in Wien das russisch-österreichische Abkommen abgeschlossen\*). Das Dreikaiserbündnis von 1884 erlosch nach drei Jahren, da der russisch-österreichische Vertrag nach seinem Ablauf im Jahre 1887 nicht erneuert wurde, während Bismarck im selben Jahre mit Rußland den berühmten Rückversicherungsvertrag schloß, der bis 1890 in Kraft gewesen ist.

Daß der russisch-österreichische Vertrag 1887 nicht wieder erneuert wurde, lag nach Bismarck u. a. an ein paar „wilden“ Reden, die Andrassy zuvor gehalten hatte und die in Rußland eine starke Beunruhigung hervorgerufen hatten\*\*). Andrassy stellte sich zu dieser Zeit in Gegensatz zu der Balkanpolitik Kalnohys. Haymerle und Kalnohy hatten, wie wir gesehen haben, 1881 in dem Abkommen mit Rußland für Österreich-Ungarn nur die Verwandlung der Okkupation Bosniens in eine Annexion ausbedungen. Ebenfalls im Jahre 1881 ließ die italienische Regierung das Wiener Ministerium des Auswärtigen wegen eines Bündnisses, und als Voraussetzung dazu, über seine Orientpolitik sondieren. Haymerle erklärte ausdrücklich, die Regierung halte an dem status quo des Berliner Vertrages fest, beabsichtige durchaus keine Eroberungspolitik im Orient und denke in keiner Weise daran, in der Richtung von Saloniki und Albanien vorzugehen. Sie sei bereit, alle notwendigen Erklärungen in bündiger Form abzugeben und den festen Entschluß zu betonen, genau im Rahmen der ihm durch den Berliner Vertrag festgesetzten Grenzen zu handeln und sich von jeder politischen Annäherung fernzuhalten\*\*\*). Italien trat darauf dem deutsch-österreichischen Bündnis bei, und bei der ersten Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1887 übernahm Österreich die förmliche Verpflichtung, in Mazedonien keine Okkupationspolitik ohne Italien zu verfolgen †). Wie weit Österreich-Ungarn tatsächlich von allen Okkupationsplänen in Mazedonien entfernt war, geht daraus hervor, daß es ebenfalls im Jahre

\*) Wertheimer, Andrassy II 72, 85, 89.

\*\*\*) German Hofmann, Fürst Bismarck I 112.

\*\*\*\*) Crispi, Memoiren (deutsche Ausgabe) 123.

†) Vgl. den Aufsatz „Der Inhalt des Dreibundes“ in Heft 46 der Grenzboten von 1913.

1881 einen Geheimvertrag mit Serbien schloß, in dem es die serbischen Ansprüche auf das Vilajet Kossovo und das Bardartal anerkannte und sich ferner anheischig machte, auf der nächsten europäischen Konferenz, die über die Geschicke der Balkangebiete entscheiden würde, für sie einzutreten. Der serbische Minister des Auswärtigen, der diesen Vertrag abschloß, Credo Mijatovich, hat das im Daily Telegraph vom 2. November 1912 mitgeteilt. Er erzählt weiter, er habe auch Saloniki für Serbien gefordert, sei aber abgewiesen worden, da dieser Hafen nach österreichischer Auffassung Griechenland zufallen müsse. Dieses österreich-serbische Abkommen wurde auf sieben Jahre geschlossen, ist seitdem zweimal erneuert worden und war um 1902 noch in Kraft.

Das also waren die Grundzüge der österreichischen Balkanpolitik, als Andrassy seine Angriffe gegen Kalnoky richtete. Damals hatte die bulgarische Krisis den alten Gegensatz in der Balkanpolitik Österreichs und Rußlands von neuem geschürt. Kalnoky verfolgte im Einvernehmen mit Bismarck eine Politik, die Andrassy zu vorsichtig, zu behutsam und nachgiebig gegen Rußland erschien. Andrassys gegenteilige Auffassung geht aus einer Denkschrift hervor, die er im Herbst 1886 dem Kaiser einreichte, und aus den Reden, die er 1886 und 1887 in den Delegationen hielt. Er hielt es für einen Fehler der Politik Kalnokys, daß er sich durch einen Vertrag mit Rußland gebunden und dadurch auf die Freiheit eigenen Handelns verzichtet hatte; worauf Kalnoky erwidern konnte, daß auch Andrassy sich sowohl im Jahre 1871 als zu Reichstadt im Jahre 1876 durch Verträge mit Rußland gebunden hatte. Dann setzte Andrassy aus, daß Kalnoky die Sache Bulgariens nicht kräftiger unterstützte und nicht die Initiative zur Anerkennung des neu gewählten Fürsten Ferdinand durch die Mächte ergriff. Aber weder aus der Denkschrift noch aus den Reden Andrassys geht hervor, daß er selbst in dieser Zeit an eine aktive Expansionspolitik gedacht hatte. Auch was Wertheimer über Andrassys spätere Auffassung der Orientpolitik beiträgt, enthält nichts, was über die Ziele wirtschaftlichen und politischen Einflusses auf die westlichen Balkanländer hinausgeht. Im letzten Herbst hat sich sodann Andrassys Sohn, der frühere ungarische Premierminister Graf Julius Andrassy, in der Neuen Freien Presse (26. Oktober 1913) zu der Frage geäußert. Er betont, daß Österreich-Ungarn sich nie mit der russischen Expansion im Orient ausöhnen könne. Der russischen öffentlichen Meinung müßte stets klar zum Bewußtsein gebracht werden, daß das Kokettieren mit dem Panславismus früher oder später zu einem gefährlichen Kriege führen müsse. Dann heißt es weiter: „Diese Politik wünschte mein Vater seit dem Abschluß des Berliner Vertrages stets zu befolgen, seit das Bündnis mit Deutschland die Stelle des Dreikaiserbündnisses einnahm. Er bekämpfte es stets, daß man von neuem auf das Bündnis der drei Kaiser zurückgreife, und daß wir von neuem mit Rußland zusammen orientalische Politik treiben.“ Hieraus geht ganz deutlich hervor, daß Andrassy einerseits gegenüber Rußland eine andere Politik wünschte, als Kalnoky

und Bismarck verfolgten, daß er aber anderseits keineswegs selbst an eine Expansionspolitik dachte, die ja nur mit Rußland geführt werden konnte.

Gegenüber Andrassy's Auffassung kommt Kalnoth's Standpunkt in seiner Rede in den Delegationen vom 13. Dezember 1886 klar zum Ausdruck. Dort bezeichnete er genau die Grenze seines Zuwartens. „Wenn Rußland,“ sagte er, „z. B. beabsichtigt oder versucht hätte, einen Kommissär nach Bulgarien zu entsenden, sowie wenn es zu einer militärischen Okkupation, sei es der Küstenplätze oder des Landes selbst geschritten wäre, so wären dies Akte gewesen, welche uns unter jeder Bedingung zu einer Stellungnahme gezwungen hätten.“ Kalnoth vermied jeden Schritt, der Rußland zu schärferem Vorgehen reizen konnte. Er wußte, daß Bismarck über die Grenzen der Bündnispflicht hinaus die österreichische Politik nicht unterstützen würde. Am 11. Januar 1887 sagte Bismarck, vermutlich als Antwort auf die „wilden“ Reden Andrassy's, im Reichstag: „Wir werden uns in dieser (der bulgarischen) Frage von niemandem das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren.“

Der Erfolg gab Kalnoth's Politik völlig Recht. Der Ausgang der bulgarischen Krisis ließ deutlich erkennen, daß Rußland von neuem von der Balkanhalbinsel abgedrängt war, und zwar zum ersten Male durch die Widerstandskraft eines der Balkanstaaten selbst. Bulgarien durfte ungestraft dem Zaren Trotz bieten; und Fürst Lobanow, der als russischer Botschafter in Wien im Jahre 1888 in einer Auseinandersetzung mit Kalnoth die bulgarische Krisis in der Hauptsache beilegte, hat dann der russischen Politik in Ostasien neue und größere Ziele gewiesen.

Es würde zu weit führen, auch die folgenden Phasen der österreichischen Balkanpolitik ausführlich zu verfolgen. Im Jahre 1897 verständigten sich Petersburg und Wien über eine Politik beiderseitigen Desinteressements, und diese dauerte bis zu der bosnischen Krisis und der neuen Politik Aehrenthals fort. Wir wissen, daß Graf Aehrenthal selbst sich nach der Annexion gegen jede weitere Expansionspolitik auf dem Balkan ausgesprochen hat. Ob er eine Zeitlang dennoch eine solche im Auge gehabt hat, läßt sich heute mit Bestimmtheit nicht sagen. Eine derartige Expansion hätte eine zweifache Richtung nehmen können: einmal durch den Sandschak auf Mazedonien und Saloniki, und zweitens auf eine Teilung oder gänzliche Einverleibung Serbiens. Die Beziehungen zu Serbien waren noch während Goluchowstis Amtszeit sehr schlecht geworden, und der Vertrag über Kossowo und das Bardartal hat wohl damals aufgehört zu bestehen. Rückblickend wird man diese Änderung der österreichischen Politik gegen Serbien im Interesse der Donaumonarchie vielleicht bedauern können. Denn durch den Zollkrieg mit Österreich-Ungarn — den sogenannten „Schweinekrieg“ — wurden die Expansionstendenzen Serbiens auch nach Westen gelenkt, da es nunmehr eines unabhängigen Ausfuhrweges für seine Agrarprodukte notwendig bedurfte. Durch diese Feindschaft Serbiens erhielt das südslawische Problem der Monarchie eine sehr unerwünschte Verwickelung, und

jetzt begann Rußland, das sich bisher im Grunde nur für Bulgarien und Montenegro interessiert hatte, auch die Rolle eines Beschützers Serbiens zu übernehmen und in Verbindung damit die südslawische Frage als diplomatische Waffe gegen Österreich zu benutzen.

In der Lehrenthalschen Zeit hat man von der Möglichkeit einer österreichischen Expansion — erstens nach Mazedonien, zweitens nach Serbien — gesprochen. Mit der ersten Möglichkeit hat man das Projekt der Sandschakbahn in Verbindung gebracht. Aber Lehrenthal selbst hat wenige Monate, nachdem er von der Pforte das Trache zu dem Bahnbau erhalten hatte, sowohl auf den Bahnbau als auf das ganze Besetzungrecht im Sandschak verzichtet. Es ist kein Zweifel, daß die Bahn nur unter Überwindung großer technischer Schwierigkeiten und mit unverhältnismäßig hohen Kosten hätte gebaut werden können; und es fällt ins Gewicht, daß die Bahn bis zur bosnischen Ostgrenze, die von der Sandschakbahn fortgesetzt werden sollte, nur eine Schmalspurbahn ist. Überdies ist der Sandschak militärisch eine keineswegs günstige Position. In der Denkschrift, in der Lehrenthal den Verzicht begründet hat, wies er darauf hin, daß die Besetzung und Annexion des Sandschaks Österreich zwingen würde, in diesem Defilé einen Truppenkörper von mindestens einem Armeekorps zu unterhalten. Dieses Armeekorps würde sich gegebenenfalls unter den ungünstigsten Verhältnissen nach drei Seiten zu schlagen haben. Daher unterläge es nach einstimmigem Urteil der Sachleute keinem Zweifel, daß ein militärisches Vorrücken nicht durch diesen Engpaß erfolgen dürfte. Angesichts dieser Umstände fragt es sich, ob Lehrenthal das ganze Projekt im Grunde nicht als bloßen taktischen Zug in seinem diplomatischen Schachspiel benutzt hat.

Während der bosnischen Krise hat sich die öffentliche Meinung in Österreich auch mit der Frage der Unterwerfung Serbiens beschäftigt; und zwar hat man von einer Okkupation oder Annexion ganz Serbiens und von einer Teilung Serbiens zwischen Österreich und Bulgarien gesprochen. Es ist nicht bekannt, ob die verantwortlichen Leiter der Wiener Politik jemals ernstlich solche Pläne verfolgt haben; wenn sie es getan haben sollten, so sind sie jedenfalls schnell davon zurückgekommen, und die Gründe dafür sind nicht weit zu suchen. Die allgemeine Ansicht ist heute wohl, daß erst durch die Verhältnisse, die die jüngsten Balkankriege geschaffen haben, sowohl Österreich-Ungarn als Rußland das weitere territoriale Vordringen auf der Halbinsel endgültig verschlossen worden ist. Dem gegenüber wird sich die Auffassung vertreten lassen, daß dies Ergebnis schon durch die Gestaltung der Balkanverhältnisse durch den Berliner Vertrag von 1878 erzielt worden ist. Allerdings hat der Berliner Kongreß die Balkanvölker noch wie eine amorphe Masse behandelt, deren nationale Grenzen nicht nach ethnischen Gesichtspunkten, sondern nach den Interessen der Mächte — als ein Kompromiß ihrer rivalisierenden Forderungen — ex cathedra festgesetzt werden könnten. Blickt man in die Tagesliteratur jener Zeit, und in die historischen und Memoirenwerke, die jene Epoche behandeln, so sieht man, daß nicht nur

die öffentliche Meinung der Großmächte, sondern auch damalige Staatsmänner ernste Zweifel an der politischen Existenzfähigkeit Serbiens, Bulgariens und selbst Rumäniens gehabt haben. Man hielt es durchaus für sicher, daß Bulgarien russisch und Serbien österreichisch werden würde, und man hielt es für möglich, daß Rumänien zwischen den beiden Mächten geteilt werden könnte. Jedoch das nationale Prinzip erwies sich als weit stärker, als die Diplomatie und die Presse erwartet hatten. Durch die Schaffung unabhängiger Staaten erlangte es binnen kurzem eine solche Kraft, daß schon wenige Jahre nach dem Berliner Kongreß sowohl eine russische als eine österreichische Expansionspolitik unmöglich geworden waren. Den klassischen Beweis lieferte Bulgarien, das nach einer nur siebenjährigen staatlichen Existenz in der Lage war, unterstützt durch die europäischen Gegensätze, der russischen Großmacht Trotz zu bieten. Es war bezeichnenderweise die Volksbewegung, der demokratische Nationalismus der Bulgaren — die ihre Verfassung doch gerade dem Zaren verdankten —, die das konservative amtliche Rußland in den Widerstand gegen die Vereinigung Ostromeliens mit Bulgarien trieb, die es im Frieden von San Stefano selbst hatte durchführen wollen. Rußland machte dieselbe Erfahrung mit dem „befreiten“ Bulgarien, die es mit dem „befreiten“ Rumänien, Griechenland und Serbien gemacht hatte; die jungen slavischen Nationalitäten behaupteten ihre individuelle, staatliche Existenz und waren für eine Rolle russischer Vasallenstaaten durchaus nicht zu haben. Der Widerstand Bulgariens verleidete Rußland seine Protektionsgelüste. Hätten die Mächte diese starke Vitalität des nationalen Prinzips schon zur Zeit des Berliner Kongresses erkannt, so würden Österreich und England sich gewiß nicht der Schaffung eines Großbulgariens nach dem Vertrage von San Stefano widersetzt haben.

Mazedonien war nach dem Berliner Frieden türkisches Gebiet geblieben. Aber schon in den achtziger Jahren hatten die Balkanstaaten Mazedonien als ihr eigenes künftiges Neuland, als ihr eigenes politisches Expansionsgebiet vorgemerkt. Zwar standen die individuellen Ansprüche Serbiens, Bulgariens und Griechenlands im schärfsten Konflikt zueinander, aber gegen das territoriale Vordringen einer Großmacht hätten sie sich wohl schon damals geeinigt, wie jüngst in ihrem Angriffskrieg gegen die Türkei. Die Bestimmung des serbisch-bulgarischen Bündnisvertrages vom März 1913, die sich gegen eine eventuelle Invasion mazedonischen Gebietes durch Österreich richtete, erlaubt vielleicht Rückschlüsse. Österreich soll einmal während des „Schweinekrieges“ Bulgarien gewisse Vorschläge gemacht haben, die auf die Aufhebung der Unabhängigkeit Serbiens abzielten, und Bulgarien soll diese Vorschläge entschieden abgelehnt haben. Gleichviel ob diese Nachricht zutreffend ist oder nicht, die tatsächlichen Verhältnisse dürfte sie ganz richtig charakterisieren. Und wenn die militärische Leistungsfähigkeit der Balkanstaaten vor zwanzig Jahren stark gegen ihre heutigen Kräfte zurückstand, so durften sie um so mehr auf den Beistand einer Großmacht rechnen. Wenn Rußland territorial vordringen wollte, so hatte es Österreich gegen sich,

und umgekehrt mußte Österreich in dem gleichen Fall auf einen sicheren Konflikt mit Rußland rechnen. Wenn die bloße Umwandlung der Okkupation Bosniens in eine Annexion eine große europäische Krise herbeiführen konnte, so wäre der Konflikt bei einer Expansionspolitik in Mazedonien oder gegen Serbien ungleich schwerer geworden. Diese Lage bestand bereits während der bulgarischen Krise von 1885 bis 1887, und sie befestigte sich in dem Maße, wie die nationalen Balkanstaaten innerlich erstarften.

Einer österreichischen Expansionspolitik auf dem Balkan stand somit von jeher als erstes Hindernis die zweifellose Gegnerschaft Rußlands entgegen. Ferner lagen Vertragsverpflichtungen gegenüber Italien vor, die bei einer Erwerbung mazedonischen Gebietes in jedem Falle eine Kompensation für Italien notwendig machten, die aller Wahrscheinlichkeit nach an der Adria erfolgen und daher mit großen Anzuträglichkeiten für Österreich verbunden sein mußten. Weiter hätte Österreich wahrscheinlich den Widerstand der Balkanstaaten zu gewärtigen gehabt; und schließlich wäre die Expansionspolitik durch die in dem Dualismus liegenden Verhältnisse behindert gewesen. Aber die prinzipielle Frage — und diese ist in der österreichischen Presse weniger erörtert worden, als man hätte erwarten sollen — ist doch die: hätte, selbst wenn die äußeren und inneren Widerstände gegen eine Expansion weggefallen wären, eine Gebietsvermehrung der Monarchie auf dem Balkangebiet den Gesamtstaat gestärkt? Denn das war stets die natürliche Prämisse. Auch von reichsdeutscher Seite ist häufig betont worden, Österreich mußte so stark wie möglich gemacht werden; und die Erwerbung Mazedoniens oder Serbiens hielt man für ein geeignetes Mittel dazu.

Die Beantwortung dieser Frage überlassen wir besser unseren österreichischen Freunden und wollen nur kurz die Gründe andeuten, die uns zweifeln lassen, ob die Erwerbung neuer südslawischen Gebiete eine Stärkung der Donaumonarchie bedeutet hätte, und die uns in der Überzeugung bestärken, daß die Balkanpolitik, die verschiedene österreichisch-ungarische Regierungen seit fünfunddreißig Jahren im großen und ganzen konsequent verfolgt haben, durchaus die richtige gewesen ist. Wenn wir zur Beurteilung dieser Frage nach einer Analogie reichsdeutscher Verhältnisse suchen, so liegt es nahe, an die Eventualität einer Vermehrung unseres polnischen Besitzes zu denken. Wir können uns dabei auf die Erfahrung berufen, die Preußen mit seiner Gebietsvermehrung bei der dritten Teilung Polens gemacht hat. Darüber ist niemand mehr bei uns im Zweifel, daß jene Vergrößerung des Staatsgebietes keineswegs eine Stärkung, sondern vielmehr eine innere Schwächung Preußens gewesen ist. In Österreich-Ungarn liegen die Dinge natürlich weit komplizierter. Aber man wird annehmen dürfen, daß die Einverleibung eines bedeutenden südslawischen Gebietes notwendig eine engere Vereinigung der neuen und der älteren südslawischen Untertanen der Monarchie zur Folge haben würde. Und die Frage ist eben, ob eine solche Bildung einer, wenn auch religiös geschiedenen, so doch national und sprachlich

homogenen südslawischen Bevölkerung den Gesamtinteressen der Monarchie förderlich wäre. Gegenwärtig bilden die bedeutenden kulturellen Verschiedenheiten unter den Südslawen ein starkes trennendes Moment, und diese Trennung wird durch die politische Grenze wesentlich verstärkt. Würde dagegen die Grenze aufgehoben, so würde die kulturelle Kivellierung und Einigung das Werk weniger Generationen sein; und sie würde weiter ein starkes nationales und politisches Solidaritätsbewußtsein des ganzen Südslawentums erzeugen. Die geographische und ethnische Geschlossenheit des südslawischen Gebietes würde sein politisches Gewicht in der Monarchie unstreitig vermehren, und die Frage ist eben, ob darin eine Stärkung oder eine Schwächung des Gesamtstaates zu erblicken wäre. Es wäre von nicht geringem Interesse, die Ansichten von führenden Publizisten Österreich-Ungarns hierüber zu vernehmen.



## Bismarck und Profesch-Osten

Eine Ehrenrettung

Von Ludwig Schemann

### 1. Einleitendes



iner der glänzendsten Namen des neunzehnten Jahrhunderts, vielgenannt, vielgefeiert, war lange der Anton von Profesch-Osten, eines Mannes, der ohne Zweifel zu den merkwürdigsten und wertvollsten, wenn auch nicht zu den größten seiner Zeit gehört, und den dann ein unverdientes, aber wohl nicht unabänderliches Geschick aus lichten Ruhme in dunkles Vergessen geworfen hat, in ein so gründliches Vergessen, daß, wo immer man heute vor einem weiteren Kreise von ihm zu reden unternimmt, man selbst für die Bestbeschlagenen unter seinen Lesern zuvor einige einführende Mitteilungen über sein Leben und Schaffen wird bringen müssen.

Anton Profesch war geboren zu Graz am 10. Dezember 1795. Väterlicherseits slawischer, mütterlicherseits deutscher Abkunft, zeigt dieser Vertreter unserer südöstlichen Gebiete als entschiedenes Ergebnis solcher Mischung einen ebenso unbedingten Durchschlag und ein ebenso konstantes Übergewicht des deutschen Blutsbestandteiles, wie wir dies bei so vielen hervorragenden Söhnen des Nordostens unseres Vaterlandes bemerken. Auch hat er sich lebenslang warm als Deutscher gefühlt und treu als Deutscher bewährt.